

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
04/2016 (II)*



Liebe FreundInnen!

Diese Woche wurde im Nationalrat über wichtige Gesetzesvorhaben entschieden. Neben der Asylnovelle standen unter anderem auch das Bundesfinanzrahmengesetz 2017-2020 sowie Verbesserungen des Suchtmittelgesetzes und des Kraftfahrzeuggesetzes auf der Tagesordnung. Außerdem haben wir das Recht auf ein Basiskonto für sozial Bedürftige beschlossen. Ein besonderes Highlight gab es am Donnerstag. Mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat erstmalig ein hoher Repräsentant der internationalen Politik vor dem Plenum des Nationalrats gesprochen.

Auf Anfrage der SPD-nahen Friedrich Ebert-Stiftung habe ich diese Woche auch einen Kommentar zu unserer aktuellen Flüchtlingspolitik geschrieben. Er ist in der Zeitschrift „Internationale Politik und Gesellschaft“ (IPG) erschienen, wo ihr ihn unter dem folgenden [Link](#) nachlesen könnt.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Top Themen

Die Asylnovelle wahrt Ordnung und Sicherheit

Österreich hat im vergangenen Jahr im Verhältnis zur Einwohnerzahl die **meisten Flüchtlinge aller EU-Mitgliedstaaten in ein Asylverfahren aufgenommen**. 90.000 Asylanträge pro Jahr schaffen wir kein zweites Mal. Bis die **Verantwortung für Flüchtlinge endlich EU-weit fair verteilt wird**, müssen wir daher auf nationaler Ebene Schritte setzen – dabei müssen Menschlichkeit und Ordnung im Vordergrund stehen.

Mit der Novelle des Asylgesetzes wird sichergestellt, dass Österreich bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht über seine Belastungsgrenzen hinausgeht. Der Entwurf wurde **mehrfach breit diskutiert**, u.a. bei einem Hearing mit ExpertInnen und im Rahmen einer Ausschussbegutachtung. Einige Stellungnahmen daraus sind auch in das neue Gesetz eingeflossen. Die **SPÖ** konnte im Zuge der Verhandlungen im Parlament außerdem **wichtige Verbesserungen durchsetzen**. (s. weiter unten)

Die wichtigsten Änderungen im Asylgesetz:

- **Asyl auf Zeit:** Nach drei Jahren wird überprüft, ob der Fluchtgrund noch besteht. Hat sich die Situation im Herkunftsland nicht wesentlich verändert, wird der Asylstatus automatisch verlängert. Bei einer verbesserten Lage im Herkunftsstaat wird ein Verfahren zur Einzelfallprüfung eingeleitet.
- **Familiennachzug:** Asylberechtigte können innerhalb der ersten drei Monate nach der Zuerkennung von Asyl einen Antrag auf Familienzusammenführung stellen. Nach Ablauf dieser Dreimonatsfrist gelten strengere Kriterien: Um PartnerIn und Kinder nach Österreich zu holen, müssen Asylberechtigte über genügend Wohnraum, Einkommen und eine Krankenversicherung verfügen. Subsidiär Schutzberechtigte (Menschen ohne Asylstatus, die aber nicht abgeschoben werden können) haben für den Nachzug generell eine Wartefrist von drei Jahren.
- **Verlängerung der Verfahrensdauer:** Die große Zahl an Asylansuchen verlangt eine Verlängerung der Prüfdauer. Hatten die Behörden Anträge bisher innerhalb von sechs Monaten zu erledigen, wird diese Frist nun auf 15 Monate

ausgedehnt. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie Kinder oder Schwangere werden vorgezogen und bekommen so kürzere Verfahren.

- **Sonderbestimmung im Asyl-Recht:** Die Sonderbestimmung sieht vor, dass die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrats per Verordnung eine Sonderbestimmung im Asylrecht zur "Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Schutz der inneren Sicherheit" auslösen kann. Sie soll dann zur Anwendung kommen, wenn aufgrund der zahlenmäßigen Entwicklung der Asylanträge die Kapazitäten Österreichs an ihre Grenzen geraten und die Gefahr einer Krisensituation bestünde. Außerdem müssen Grenzkontrollen gemäß des Schengen-Abkommens für diese Zeit vorgesehen sein. Dann würde die Sonderbestimmung als "ultima ratio" erlauben, dass Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden. Bei einer Art Vorprüfung soll kontrolliert werden, ob europa- bzw. menschenrechtliche Gründe gegen die Rückschiebung ins Nachbarland sprechen.

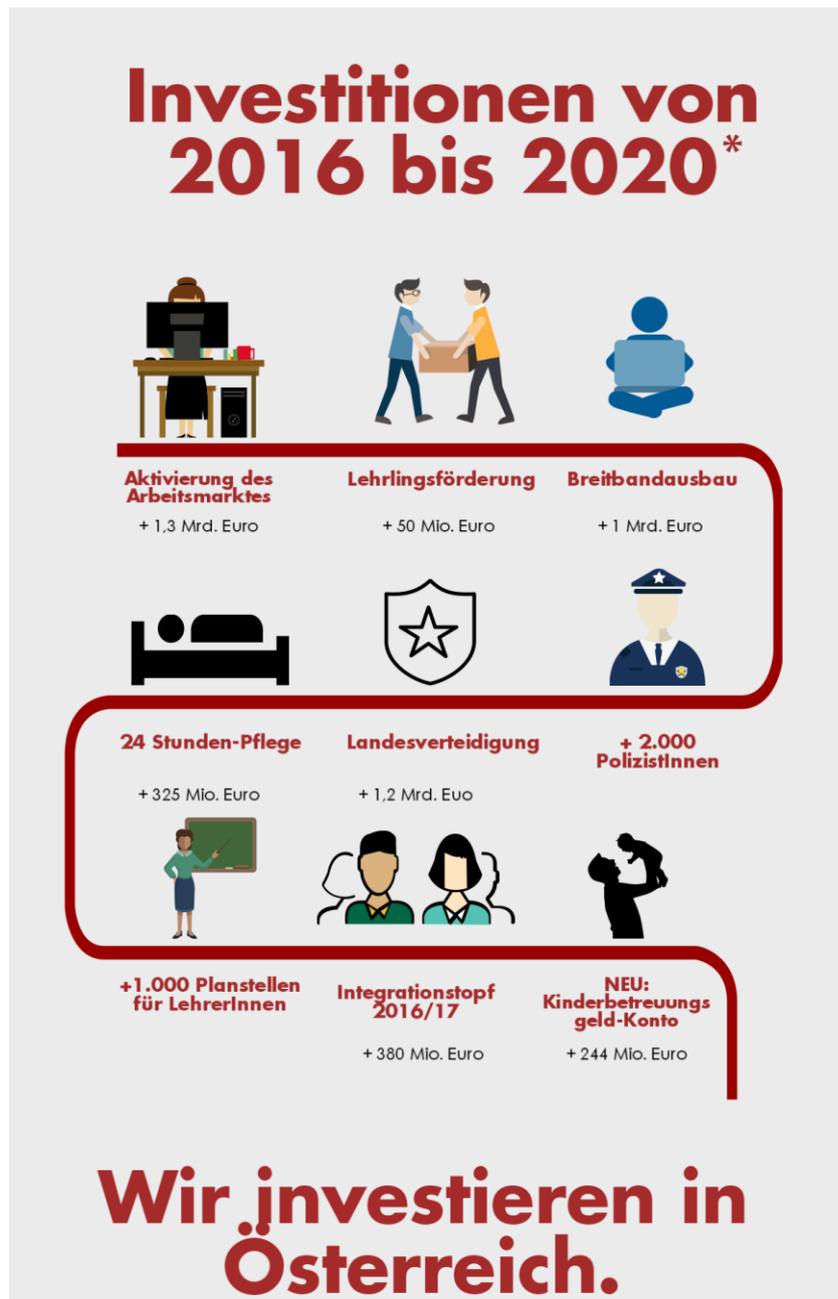
Im Zuge der **Verhandlungen im Parlament konnte die SPÖ noch folgende Änderungen durchsetzen:**

- Die **Dauer der Verordnung ist auf sechs Monate beschränkt** – eine dreimalige Verlängerung auf insgesamt maximal zwei Jahre ist zulässig.
- Das **Kindeswohl und das Recht auf Familie** sind besonders zu berücksichtigen.
- Außerdem werden **klare Kriterien für die Begründung der Verordnung** festgelegt: Neben den erwartenden Flüchtlingszahlen sind die Kapazitäten der (sozial-)staatlichen Systeme entscheidend.
- Die Regierung muss die Verordnung zur Sonderbestimmung in **Begutachtung** schicken, um etwa auch Bundesländer, Gemeinden und NGOs in die Erstellung einzubinden.

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl verwies in der Debatte darauf, dass Österreich selbst Maßnahmen ergreifen muss: "Ich wäre glücklich, wenn wir mit den anderen EU-Ländern endlich die gemeinsame Lösung finden würden, um die sich unser Bundeskanzler seit Monaten bemüht. Wenn wir die europäischen Grenzen sichern könnten und die Hotspots funktionieren würden – aber das ist momentan nicht möglich. **Deswegen liegt es an uns, im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger die Frage national zu lösen.**"

Bundesfinanzrahmengesetz: Budgetpfad der Regierung hält!

Der **Bundesfinanzrahmen** ist das **zentrale Instrument**, um den Bundeshaushalt zu gestalten. Dabei werden die Auszahlungsobergrenzen für die einzelnen Ressorts festgelegt. Durch aktuelle Entwicklungen wie die Flüchtlingskrise oder Umschichtungen der Breitbandmilliarde muss der Finanzrahmen nun novelliert werden. Die gute Nachricht: **Trotz zusätzlicher Kosten für Grenzmanagement und Integration hält der Budgetpfad.** Und die SPÖ hat mehr Geld für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durchgesetzt.



powered by
Piktochart
make information beautiful

* Zusätzliche Investitionen seit dem letzten Bundesfinanzrahmen

PARLAMENTSMAIL

"Es ist richtig, dass zusätzlich Mittel in die Hand genommen werden, damit Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, durch Qualifizierungen wieder eine Chance haben, einen Job zu bekommen", begrüßt **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krai-ner** die Investitionen in Beschäftigung.

Einen Überblick über die Investitionsschwerpunkte in den Bereichen Arbeit, Soziales, Integration, Bildung und Sicherheit findet ihr hier:

[Bundesfinanzrahmen2017-2020: Wichtige Investitionen in Arbeitsmarkt, Integration, Bildung und Sicherheit](#)

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Hohen Haus

Eine Premiere gab es am Donnerstag im Parlament: Erstmals wandte sich mit **UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon** eine herausragende Persönlichkeit der internationalen Politik an das Plenum des Nationalrats. **SPÖ-Klubchef Andreas Schieder würdigte die Arbeit der UNO und ihres Generalsekretärs**: "Die Vereinten Nationen sind kein perfektes, aber ein unersetzliches Instrument, um die globale Zusammenarbeit der Nationen hin zu einer gerechteren und sicheren Weltordnung zu koordinieren. Die Arbeit von Ban Ki-moon hat sich immer dadurch ausgezeichnet, sich aktiv in Debatten einzubringen, sei es, um eine friedliche Lösung für Syrien zu fordern, oder um fehlende Entscheidungen im UN-Sicherheitsrat zu kritisieren." Und **Schieder forderte Reformen bei den Vereinten Nationen**: "Die Arbeit im Sicherheitsrat muss transparenter gestaltet werden, andernfalls laufen wir Gefahr, dass diese Institution an Glaubwürdigkeit einbüßt."

Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 27. April 2016

Strengere Regeln für Amtsverlust ([1081 d.B.](#) + [1082 d.B.](#))

Die Regeln für den Amtsverlust von MandatarInnen und hohen Funktionsträgern werden verschärft: PolitikerInnen, die Straftaten begangen haben, sind nicht wählbar bzw. verlieren ab 1. Jänner 2017 ihr Amt, wenn sie vom Gericht zu mehr als sechs Monaten unbedingter bzw. zwölf Monaten bedingter Freiheitsstrafe verurteilt werden. Der bisher nur für Nationalrats- und EU-Abgeordnete vorgesehene Amtsverlust (bei bisher mehr als zwölf Monaten unbedingter Haft) wird damit auf alle obersten Organe ausgedehnt: Bundespräsident, Bundeskanzler, Minister und Staatssekretäre, Rechtsanwälte, Rechnungshofpräsident, Landeshauptleute und Landesräte sowie Landtags- Abgeordnete werden einbezogen.

"Wir haben uns bei den sechs Monaten unbedingt bzw. zwölf Monaten bedingt nach dem Beamtendienstrecht gerichtet und dies analog dazu auch in diesem Bereich angewendet", erklärte SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim.

Asylgesetz-Novelle ([1097 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Grenzkontrollgesetz ([1098 d.B.](#))

Die Novelle schließt rechtliche Lücken bei der Datenspeicherung insbesondere von Personen, die in Österreich keinen Asylantrag stellen, sondern in ein anderes Mitgliedsland weiterreisen wollen.

Bundesfinanzrahmen – Erste Lesung ([1096 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Tabakgesetz: Warnhinweise auf Verpackungen ([1088 d.B.](#))

Auf Zigarettenpackungen müssen künftig abschreckende Bilder und deutlichere Hinweise auf die Gefährlichkeit des Rauchens aufmerksam machen. Außerdem bringt diese Umsetzung einer EU-Richtlinie eine Gleichstellung von Produkten wie E-Zigaretten mit Tabakwaren, etwa beim Versandhandelsverbot sowie Werbe- und Sponsoringverbot.

Änderungen bei der Gesundheit Österreich GmbH ([1087 d.B.](#))

Die Gesundheit Österreich GmbH, die zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes ist, bekommt neue Aufgaben übertragen: Sie wird zum einen künftig die Funktion des österreichischen Stammzellenregisters wahrnehmen und damit für die Koordination und die Suche nach passenden Stammzellenspendern zuständig sein. Außerdem übernimmt die Gesundheit Österreich GmbH die Evaluierung und Qualitätssicherung des Brustkrebsscreenings.

Zusammenarbeit im Rettungsdienst mit Tschechien ([1086 d.B.](#))

Ziel dieses Staatsvertrages ist die engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Rettungsdienstes zwischen Österreich und Tschechien.

Hausapotheken werden abgesichert ([1089 d.B.](#))

Die Novelle des Apothekengesetzes ist wichtig zur Absicherung der medizinischen Versorgung am Land. Reagiert wurde damit auf zunehmende Probleme, NachfolgerInnen für ärztliche Kassen-Ordinationen am Land zu finden, weil durch die Kilometer-Regelung die Hausapotheke des Arztes nicht weitergeführt werden durfte. Mit der No-

velle wird geregelt, dass bei Übernahmen von Ordinationen eine Hausapotheke weitergeführt werden kann, wenn die Entfernung zur nächsten öffentlichen Apotheke 4 km beträgt. Neue gesetzliche Bestimmungen gibt es außerdem für flächenmäßig größere Gemeinden: Auch wenn es dort eine öffentliche Apotheke gibt, soll eine Hausapotheke geführt werden dürfen, wenn der Mindestabstand von 6 Km eingehalten wird. Durch die Neuregelung wird es leichter sein, Bewerbungen für Ordinations-Nachfolgen zu finden. 130 Hausapotheken, die akut von der Schließung betroffen wären, können so erhalten werden.

Abwicklung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ([1091 d.B.](#))

Der seit 1997 operativ nicht mehr aktive Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF) wird aufgelöst. Dies dient der Rechtssicherheit und Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten. Die noch vorhandenen KRAZAF-Mittel von 1,2 Mio. Euro werden an die Bundesgesundheitsagentur übertragen. In einem Entschließungsantrag fordern die Abgeordneten, dass diese Mittel für Palliativ- und Hospizversorgung verwendet werden.

NR-Sitzung vom 28. April 2016

Strafprozessrechtsänderungsgesetz ([1072 d.B.](#))

Besseren Opferschutz bringt die Änderung im Strafprozess: Durch die Umsetzung einer EU-Richtlinie soll künftig anhand eines Kriterienkatalogs so rasch wie möglich festgestellt werden, ob ein Opfer "besonders schutzbedürftig" ist und damit besondere Rechte im Strafverfahren hat, wie etwa eine schonende Einvernahme. Minderjährige und Opfer von Sexualdelikten bzw. von Gewalt in Wohnungen werden immer als besonders schutzbedürftig gelten. Außerdem wird es zukünftig nicht mehr möglich sein, dass in Fällen von sexuellem Missbrauch Beschuldigte in den Besitz von Videos mit den Aussagen ihrer Opfer gelangen. Damit will man verhindern, dass solche Aufnahmen ins Internet gelangen. Stattdessen sind die Aussagen schriftlich als Protokoll zum Akt zu nehmen. Anwälte der Beschuldigten können die Aufnahmen bei Gericht ansehen.

Auch die Rechte der Beschuldigten im Strafverfahren werden gestärkt: Das Frage-recht des Verteidigers wird erweitert, die Vertraulichkeit der Kommunikation zwischen MandantIn und VerteidigerIn erhöht.

Schließlich schafft die Novelle die Rechtsgrundlage für die Abfrage von Strafverfol-gungsbehörden im COM-Register, welches mit dem Kontenregister- und Kontenein-schaugesetz eingeführt wurde.

Novelle des Suchtmittelgesetzes – Bessere Handhabe gegen Straßendealer (1075 d.B.)

Mit einer Novelle im Suchtmittelgesetz reagiert der Nationalrat auf zunehmende Probleme mit Drogenhandel in der Öffentlichkeit – v.a. entlang der Wiener U6-Linie. Polizei und Justiz sollen jetzt bessere Handhabe gegen Straßendealer bekommen. Die Gesetzesänderung geht auf eine Initiative von SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim zurück. Im Suchtmittelgesetz wird ein neuer Straftatbestand zu Drogenhandel im öffentlichen Raum eingeführt. Damit kann die U-Haft für Dealer leichter verhängt werden und so das Dealen auf öffentlichen ‚Hotspots‘ oder auch ein Ausweichen der Dealer in Stiegenhäuser effektiver verfolgt werden. Der Strafraumen für diese Delikte wird verdoppelt: Jeder, der künftig an einem dieser Orte mit Suchtgift handelt, muss mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren rechnen.

Gerichtspraxis wird verlängert (1077 d.B.)

Mit der Verlängerung der Gerichtspraxis, die künftig sieben (statt derzeit fünf) Monate dauert, wird eine langjährige Forderung der SPÖ erfüllt. Damit wird diese praxisnahe Berufsaus- und Berufsvorbildung, die für viele klassische Rechtsberufe Voraussetzung ist, intensiviert.

Gerichtsorganisation – Keine Zusammenlegung Hietzing-Purkersdorf (1083 d.B.)

Die einst geplante Zusammenlegung der Bezirksgerichte Hietzing (Wien) und Purkersdorf (NÖ) wird rückgängig gemacht, und zwar aus praktischen wie verfassungsrechtlichen Gründen.

Verwertungsgesellschaftengesetz 2016 (1078 d.B.)

Mit diesem Gesetz wird eine EU-Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrfachlizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung umgesetzt. Das Gesetz schafft Rechtssicherheit für alle Urheber sowie Leistungsschutzberechtigte und mehr Transparenz für die Nutzer. So sollen etwa Rechteinhaber, also in der Regel die KünstlerInnen, künftig Anspruch auf eine detaillierte Abrechnung über die Nutzung ihrer Werke erhalten – die Rechte der KünstlerInnen werden damit gestärkt.

Änderung für Handelsvertreter (1079 d.B.)

Das Gesetz setzt ein Urteil des Obersten Gerichtshofs um: Es wird festgelegt, dass ein Handelsvertreter (etwa Versicherungsvertreter) bei ordentlicher Kündigung des Agenturvertrages zumindest 50 Prozent der Folgeprovision erhält.

Aufsicht und Standards für Wirtschaftsprüfer ([1018 d.B.](#))

Das Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetz schafft für den Bereich der Abschlussprüferaufsicht eine eigene, letztverantwortliche und unabhängige nationale Behörde. Mit dem Gesetz werden eine EU-Verordnung und eine EU-Richtlinie in Österreich umgesetzt. Die Verordnung über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse enthält Vorschriften über die Qualifikation, Auswahl und Organisation der Wirtschaftsprüfer und Aufsichtsbestimmungen zu einer neuen unabhängigen Behörde für die Registrierung und qualitätssichernde Überwachung der Wirtschaftsprüfer.

Kraftfahrzeuggesetz-Novelle – striktes Handyverbot am Steuer ([1062 d.B.](#))

Die Gesetzesnovelle bringt u.a. strenge Regeln für die Verwendung von Mobiltelefonen beim Autofahren: Das Verbot, ohne Freisprecheinrichtung zu telefonieren, wird auf jede andere Verwendung des Mobiltelefons (z.B. SMS) erweitert. Ausgenommen wird nur das Verwenden des Navigationssystems des Mobiltelefons, wenn dieses im Fahrzeug befestigt ist.

Außerdem wird das Manipulieren des Kilometerstandes beim Fahrzeug künftig auch verwaltungsrechtlich strafbar.

Mautgesetz – Mehr Kostenwahrheit im Straßenverkehr ([1066 d.B.](#))

Durch Änderungen beim Bundesstraßen-Mautgesetz und im ASFINAG-Gesetz sollen externe Kosten aus Luftverschmutzung und Lärmbelastungen in die Berechnung der LKW-Mauttarife einfließen. Damit wird die Kostenwahrheit im Straßenverkehr erhöht.

Recht auf ein Basiskonto kommt ([1095 d.B.](#))

Das Basiskonto für sozial Bedürftige wird durch das Verbraucherzahlungskontogesetz (VZKG) Realität. Ab Mitte September haben demnach auch jene Personen Recht auf ein Konto, die bisher keines hatten, weil sie überschuldet bzw. ohne Einkommen sind oder über keinen festen Wohnsitz verfügen. Außerdem bringt das Gesetz mehr Transparenz in Bezug auf Kontoentgelte und für KonsumentInnen wird der Bankenwechsel erleichtert.

Antrag auf Auslieferung Grün-Abgeordneter Zinggl ([1114 d.B.](#))

Auf Ersuchen des Wiener Straflandesgerichts soll die Immunität des Grünen Abgeordneten Wolfgang Zinggl aufgehoben werden. Es geht um eine schon zurückliegende Auseinandersetzung mit dem früheren Chef der Wiener Kunsthalle, Gerald

Matt. Seiner bisherigen Spruchpraxis folgend, hat der Immunitätsausschuss entschieden, dass ein Zusammenhang mit der Tätigkeit als Abgeordneter und der inkriminierten Handlung festgestellt wird und somit keine Zustimmung zur Verfolgung erteilt wird.

Weitere Themen

Aktuelle Stunde: Infrastruktur-Investitionen als "Therapie gegen die Wirtschaftskrise"

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder machte in der Aktuellen Stunde auf die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur aufmerksam: **"Investitionen in die Infrastruktur wirken wie eine Therapiemaßnahme gegen die Wirtschaftskrise, sie fördern Wirtschaftswachstum und erhalten Arbeitsplätze"**, fasst Schieder zusammen.

Beim Breitbandausbau sichert und schafft **eine Milliarde Euro Investitionen** rund **80.000 Arbeitsplätze**, Investition in die Schiene bedeutet in der Bauphase etwa 40.000, in den Straßenverkehr rund 12.000 Arbeitsplätze pro Jahr.

Infrastruktur ist damit auch die notwendige Grundlage, damit Unternehmen, egal ob groß oder klein, staatlich oder privat, erfolgreich wirtschaften können. Jedes Jahr werden etwa fünf Milliarden Euro in die Infrastruktur Österreichs investiert. "Das sind Zukunftsinvestitionen, die die Menschen innerhalb Österreichs miteinander und unser Land mit den Wirtschaftszentren der ganzen Welt verbinden", so Schieder.

Sobotka neuer Innenminister

Wolfgang Sobotka, der neue Innenminister, präsentierte sich dem Nationalrat. SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder erhofft sich von diesem, den Herausforderungen im Bereich Sicherheit besonnen und lösungsorientiert zu begegnen. **"Im Zentrum des politischen Diskurses steht bei ihm immer das Sachargument"**, so Schieder.

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl hat unterstrichen, dass es die Aufgabe der Politik ist, "den Menschen in Österreich Sicherheit zu vermitteln" und den BeamtInnen in diesem Bereich den Rücken zu stärken. Das bringt auch Erfolg mit sich: Österreich gilt international als eines der sichersten Länder der Welt. "Das ist nicht nur eine Leistung der österreichischen Bundesregierung, sondern auch der PolizistInnen und des Bundesheeres", lobt Pendl.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

60. Jahrestag: Österreichs Mitgliedschaft im Europarat



Vom 18. bis 22. April war ich in Straßburg, um an der Frühjahrssitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teilzunehmen. Das beherrschende Thema war der Umgang mit den syrischen Flüchtlingen in Europa - vor allem die Situation auf dem Westbalkan. Wir haben aber auch über zukünftige Migrati-

onsbewegungen gesprochen, die durch Naturkatastrophen und den Klimawandel ausgelöst werden können. Bis zu 150 Millionen Menschen könnten bis 2050 durch sich verschlechternde Umweltbedingungen dazu gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Europa muss sich rechtzeitig Gedanken machen, wie es mit diesem Phänomen erzwungener Migration umgehen will.

Ein besonderer Höhepunkt der Frühjahrssitzung war in diesem Jahr die Rede unseres Bundespräsidenten Heinz Fischer, anlässlich des 60. Jahrestages unserer Mitgliedschaft im Europarat. Der Bundespräsident, der lange selbst Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war, unterstrich die Bedeutung des Europarates, in dem heute 47 Mitgliedsländer daran arbeiten, die Zusammenarbeit in Europa zu stärken, Konflikte friedlich zu lösen und grundlegende Werte, wie Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gemeinsam zu bewahren.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at